Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden [illegible] Wochentag
Bezugspreis in Elbing [illegible] mit Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, [illegible] monatlich
1.60 Mark; bei den Abholeste[illegible] Mark 4.20
bezw. 1.40 Mk. Einzelnumme[illegible] 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einspaltig[illegible] Petit-
zeile 45 Pfg., im Reklameteil [illegible] 50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 7 | Mittwoch, den 29. Oktober 1919 | 1. Jahrgang

Was der [illegible]tag bringt

Einigung der russischen Arbeiter. Aus P[illegible]ersburg wird gemeldet: Die [illegible]ge der Sowjet-Regierung hat [illegible]meien geeinigt. Die Arbeiter-[illegible]sten hätten in Moskau auf einer [illegible]ssen, mit der Verteidigungs-[illegible]heiten.
[illegible] hat die Gegenrevolution ein [illegible]zufrieden sein können.

Gegen die Intervention. Eine R[illegible]versammlung in London [illegible]n die englische Regierung stellte folgende Forderungen:

1. Sofortige Zurückziehung der englischen Truppen aus Rußland.
2. Einstellung der Belieferung [illegible]ntibolschewistischer Truppen mit Waffen.
3. Friedensschluß mit den gegenwärtigen russischen Regierungen auf der Grundlage der Selbstbestimmung für die verschiedenen Nationen im Innern Rußlands.

Kein Geld da. Aus Berlin wird [illegible]us geschrieben: Während man für die durch den [illegible] Krieg geschädigten Unternehmer Milliarden über Milliarden aus[illegible]geworfen hat, ist für die Aermsten der Armen, die Familien[illegible]r Kriegsgefangenen, kein Geld vorhanden. Der Reichsminist[illegible]r des Innern, Dr. Koch, erklärt in der Antwort auf eine kleine An[illegible]frage, daß für die Unterstützung bedürftiger Kriegsgefangener [illegible]d ihrer Familien keine weiteren Mittel außer den hierfür berei[illegible]gestellten 150 Millionen Mark ausgeworfen werden könnten. Di[illegible]e Finanzlage des Reichs mache das unmöglich. Nicht unmöglich ab[illegible]er ist es dem Reich, für einzelne Erwerbsgruppen, etwa die Reed[illegible]er, Milliardengeschenke auszuwerfen! Auch diese Tatsache beleu[illegible]chtet trefflich den Geist des neuen „Volksstaates" Deutschland.

Ein Volkshaus in London. Durch Zusammenwirken [illegible]von Arbeiterpartei, Gewerkschaften und Genoss[illegible]enschaften beabsichtigt man in London ein Vo[illegible]lkshaus zu errichten, dessen Kosten auf 900 000 Pfund Sterling (18 Millionen Mark) veranschlagt werden.

Die Tiroler Genossen gegen Annexion. Nach Berichten it[illegible]alienischer Zeitungen sandten die Sozialis[illegible]ten Tirols eine auf einem außerordentl[illegible]chen Parteikongreß einstimmig gefaßte Entschließung an die sozi[illegible]alistische Gruppe des italienischen Parlaments, in der sie die it[illegible]alienischen Genossen dringend baten, die Rechte Südtirols zu ve[illegible]teidigen, mit allen Mitteln auf ihre Regierung einzuwirken, daß Tirol von Deutsch-Oesterreich nicht getrennt würde und so die Vergewaltigung der Selbständigkeit dieses rein deutschen Landes zu verhindern.

Der Zustand Haases. Nach eingehenden Beratungen haben sich die behandelnden Aerzte zur Amputation des verletzten Beines entschlossen. Die Operation fand Montag mittag statt. Bei der allgemeinen Schwäche des Patienten ist der Zustand nach wie vor sehr ernst.

Vollstrecktes Todesurteil. Havas meldet aus Paris: Der wegen Einverständnisses mit dem Feinde zum Tode verurteilte Lonoit ist in Vincennes hingerichtet worden.

Ein Polizist als Wucherer. Vor kurzem ist in Braunschweig ein Polizist wegen Schleichhandel festgenommen worden. Derselbe steckte mit einem Schleichhändler, der bei einem Dritten Zucker bestellt hatte, unter einer Decke. Der Zucker wurde dann von Beamten in dem Moment als er an den Schleichhändler abgeliefert werden sollte, amtlich beschlagnahmt und dann verwandten die Beiden die beschlagnahmte Ware für sich.

Der Baltikumschieber im Reichstag. Der Vorwärts teilt mit: Ohne Rücksicht auf das deutsche Volk wird immer mehr versucht, den Westrussen und den zu ihnen von der deutschen Fahne Geflüchteten ihren Kriegsbedarf aus Deutschland heimlich und durch Diebstahl am Reichsbesitz zuzuführen. Nur dadurch, daß gestern nachmittag ein Angehöriger des Reichsministeriums auf einen Baltikumschieber, der in russischer Uniform im Reichstag war, aufmerksam wurde und sofort seine Vernehmung und die seines Begleiters bewirkte, ist es möglich gewesen, zuzugreifen. Der Reichswehrminister wird dem Treiben der Agenten der westrussischen Armee in Berlin scharfe Aufmerksamkeit zuwenden.

Unterschlagung in Hamburg. Der Unterzahlmeister der Hamburger Sicherheitspolizei Abt. 1 Thümeyer ist nach Veruntreuung von 80 000 Mark defraudiert.

Pressefreiheit. Die in Thorn erscheinende rechtssozialische Freie Presse wurde von dem Gouverneur der Festung auf drei Tage verboten, weil das Blatt den Artikel der Freiheit nachgedruckt hatte, in dem diese Mitteilungen über die Flucht von Offizieren und Mannschaften des Infanterieregiments Nr. 21 machte. Dabei enthielt jener Artikel nur tatsächliche Angaben. — Die Deutsche Zeitung ist ebenfalls wieder, diesmal auf unbestimmte Zeit, verboten.

„Jede Hoffnung verloren." Einige Pariser Abendblätter lassen durchblicken, und Chicago Tribune bestätigt es, daß man in Pariser diplomatischen Kreisen jede Hoffnung verloren habe, daß General Judenitsch Petersburg einnehmen könne. Auch Populaire erklärt, der Mißerfolg des Generals Judenitsch werde bestätigt. Chicago Tribune glaubt sogar, daß Judenitsch vielleicht vor bolschewistischen Kräften den Rückzug (!) antreten müsse und daß die Rote Armee möglicherweise sogar einen Teil der baltischen Provinzen besetzen werde.

Der Verbandstag der Metallarbeiter.

Nach ausgedehnter Tagung hat der Verbandstag der deutschen Metallarbeiter seinen Abschluß gefunden. Seine Verhandlungen und Beschlüsse reihen ihn ein in die Kongresse, die in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ihren historischen Platz gefunden. Mit Spannung sah man der Tagung entgegen. Nicht nur die Metallarbeiter schauten auf ihn, sondern mit ihnen das gesamte klassenbewußte Proletariat, weit über Deutschlands Grenzen hinaus. Der Metallarbeiterverband verkörpert mit 1 400 000 Mitgliedern die weitaus stärkste Gewerkschaft der Welt. Innerhalb des Verbandes ringen seit Jahren die Geister. Schon auf dem Verbandstag in Köln im Jahre 1917 kämpfte eine erhebliche Minorität gegen die Kriegspolitik der Gewerkschaften, die ihre Träger auch im Hauptvorstand des Metallarbeiterverbandes gefunden hatte, entschieden an. Auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongreß lehnte es jedoch bereits die Mehrheit der Metallarbeiterdelegation ab, Legien und Genossen ein Vertrauensvotum auszustellen. Das war der erste Auftakt zum Verbandstage. Beide Richtungen wußten, daß es galt, in Stuttgart die Kräfte zu messen, daß dort die Entscheidung fallen würde. Dementsprechend auch das Interesse an den Delegiertenwahlen. Auf dem Verbandstage selbst stellte sich am ersten Verhandlungstage heraus, daß die Opposition über eine feste Mehrheit verfügte. Umsonst war das Bemühen, diese Mehrheit künstlich zu korrigieren. Vorstandsanhänger versuchten, unter Zuhilfenahme eines höchst eigenartig konstruierten Wahlreglements sämtliche Mandante der Berliner Delegierten (52, die geschlossen zur Opposition standen), für ungültig zu erklären. Umsonst. Man verlangte bei der Abstimmung die Ausschaltung der Berliner Delegierten. Doch die Rechnung war zu früh gemacht worden. Erstens entschied auch ohne Berlin die Mehrheit für Gültigkeit, zweitens war die rechtliche Mitentscheidung der Berliner Delegierten unbestritten durch die gleiche Praxis früherer Verbandstage. Nachdem dann noch den zehn Dresdener opp. Delegierten das Mandat zugesprochen wurde — dieselben wurden mit etwa tausend Stimmen Mehrheit gewählt —, doch hatten Wahlkomitee und Vorstand ihre Mandate zugunsten anderer kassiert — stand das Stärkeverhältnis auf dem Verbandstage fest. Die Mehrheit (Opposition) verfügte über etwa 200 Stimmen, die Minderheit (Vorstandsanhänger) über etwa 130. Beide Gruppen bildeten ihre Fraktionen. Bis es zur endgültigen Konstituierung der Generalversammlung kam, gingen drei Tage dahin. Vorher wurde Stellung zum Berliner Metallarbeiterstreik genommen. Einstimmig bekundete der Verbandstag den im Kampf stehenden Kollegen Sympathie und Solidarität, gleichzeitig protestierend gegen die von den Regierungsorganen und Behörden gegen die Streikenden gerichteten Maßnahmen.

Dann setzte die grundsätzliche Auseinandersetzung über die Gewerkschaftspolitik und die zukünftigen Wege der Organisation beim Vorstandsbericht ein. Beim Geschäftsbericht wurde Reichel (Hauptvorstand) von Kummer als „Korreferent" der Rechten sekundiert. Ihnen trat Gen. Dißmann, Frankfurt a. M. als Korreferent der Opposition entgegen. Für die Arbeitsgemeinschaften plädierte Zernicke vom Hauptvorstand, gegen ihn sprach Gen. Richard Müller, Berlin. Nach dreitägiger Redeschlacht folgte das Votum der Delegierten. Mit 194 Stimmen (etliche Delegierte waren abgereist) gegen 129, wurde die von Generalkommission und Gewerkschaftsinstanzen seit Kriegsausbruch betriebene Politik verworfen und verlangt, daß die Haltung und Politik des Verbandes konsequent auf den revolutionären Klassenkampf und das Rätesystem einzustellen seien. Die Arbeitsgemeinschaften wurden abgelehnt, ein Zusammenarbeiten mit dem Unternehmertum nur insoweit bejaht, wie dieses durch den Abschluß von Abkommen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen bedingt ist. Der Verbandstag sprach sich ferner für die Schaffung eines Industrieverbandes für alle Hand- und Kopfarbeiter aus. Damit hatte der Verbandstag mit großer Mehrheit seinen Willen klar und unzweideutig bekundet. Leider kam die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit nicht ganz zustande, um auch das Verbandsstatut in entscheidendem Sinne zu ändern. Hier bleibt der nächsten Zukunft noch ein gut Stück Arbeit übrig. Eine allgemeine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung lehnte der Verbandstag ab. Dagegen wurde die Streik- und Gemaßregeltenunterstützung von 14 auf 30 Mark pro Woche erhöht, wozu weitere Zuschläge für Frau und Kinder kommen. Die Delegation zum internationalen Metallarbeiterkongreß setzt sich aus sechs Kollegen der U. S. P. D. und drei der S. P. D, zusammen.

Der seitherige Verbandsvorsitzende, Alexander Schlicke, (jetziger Reichsarbeitsminister) nahm brieflich seinen Abschied. Der Vorstand besteht zukünftig aus neun Personen, von denen sechs aus den Reihen der Opposition neu gewählt wurden, darunter die beiden Redakteure des Verbandsorgans und die zwei Ausschußvorsitzenden.

Der Verbandstag hat ein gut Stück Arbeit geleistet. Die größte deutsche Gewerkschaft hat der Politik der Generalkommission und Verbandsvorstände eine scharfe Absage erteilt und in ihren Beschlüssen, in der Zusammensetzung des Vorstandes, der Redaktion des Verbandsorgan usw. zum Ausdruck gebracht, daß sie gewillt ist, zukünftig mit dem revolutionären Proletariat gemeinsam zu marschieren, Haltung und Politik des Verbandes so einzustellen, wie es das gegenwärtige entscheidende Ringen des Proletariats in seinen Befreiungskampf erfordert. Sicherlich werden sich der neuen Verbandsleitung und der Verbandstagsmehrheit viele Hindernisse in den Weg stellen. Auch die unterlegene Minderheit wird zweifellos alles aufbieten, um wieder die alte Machtposition zurückzugewinnen. Doch die Entwicklung schreitet vorwärts: unsere revolutionären Kampfgenossen im Metallarbeiterverband werden ihren Mann zu stellen wissen. Die Rechtsler sind natürlich mit dem Kongreß höchst unzufrieden. Ihre Presse schmäht die Mehrheit des Verbandstages und ihre Beschlüsse. Vom „Stuttgarter Spuk" u. a. war schon während der Tagung in den rechtssozialistischen Organen zu lesen. Auf einen ähnlichen Ton sind ihre Nachbetrachtungen gestimmt. Da wurde der Ausflug ins Remstal zu einer „Weinprobe der Revolutionäre"; man unterschlägt, daß die Mehrheit nur aus kollegialer Rücksichtnahme den Ausflug akzeptierte! Daß sich der Verbandstag erst am vierten Tag konstituierte, wird der Opposition als Schuld zugeschoben, während in Wirklichkeit die andere Seite dauernd Obstruktion machte. Man schreibt ferner, die Opposion habe als Mehrheit ihre Macht gründlich ausgeübt. Diese Heulmeierei steht den Herrschaften wirklich nett, die jahrzehntelang von ihrer Macht rücksichtslosen Gebrauch machten. Mehr als einmal ist ihnen diese stets geübte Praxis in Stuttgart unter die Nase gerieben worden. Die Opposition ging ruhig, sicher und unbeirrt ihren Weg. Konsequent faßte sie ihre Beschlüsse — da gab es kein Kompromiß — während sie in den Kommissionen wie auch später bei der Vorstandswahl der heutigen Minderheit eine Vertretung gewährte. Mögen die Herren von der Rechten schimpfen. Wer ob seiner Politik von der größten Gewerkschaft so heimgeleuchtet bekam, dessen Schmerz ist wohl zu verstehen.

Der Metallarbeiterverbandstag hat eine entscheidende Bedeutung weit über den Rahmen der Metallarbeiter hinaus. Sein Verlauf und seine Entschließungen werden auch den oppositionellen, revolutionären Kräften in den anderen Gewerkschaften ein Ansporn zur Nacheiferung sein. Wo die Opposition sich heute noch in der Minderheit befindet, wird sich die Energie und die Tatkraft unserer Genossen verdoppeln und verdreifachen, um durch rastlose Aufklärungsarbeit unserer Idee unseren Anschauungen zum Siege zu verhelfen. Nicht der Austritt aus den Gewerkschaften, sondern die praktische Betätigung in den Gewerkschaften birgt den Sieg für die Zukunft in sich. Das lehrt der Verbandstag der Metallarbeiter erneut.

Die Genossen im Metallarbeiterverband wissen, daß sie allein nicht in der Lage sind, die gesamten gesellschaftlichen Zustände von Grund auf anders gestalten zu können. Soll an die Stelle kapitalistischer Gewaltherrschaft ein sozialistisches Gemeinwesen treten, dann bedarf es der Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte auf revolutionärem Kampfesboden, die Beseitigung einer verderblichen Politik, wie sie seit Jahr und Tag von Legien und Genossen ausgeübt wird. Die Metallarbeiter sind mit gutem Beispiel vorangmarschiert, mögen ihnen die Klassengenossen in den anderen Organisationen folgen.

Politische Rundschau

Deutschland

Herr Ebert in Wilhelms Kürassierstiefeln

Der Präsident der Deutschen Republick, Herr Ebert, hat sich überraschend schnell in die Rolle Wilhelms eingespielt, soweit sie das persönliche Regiment betrifft. Moralische Hemmungen bestehen nicht; schon bei der Uebernahme der Präsidentschaft erklärte er ja bereits, er höre nunmehr auf, Sozialist zu sein. Sie haben bei Herrn Ebert auch früher nicht bestanden. Denn als ein Haufen wildgewordener Soldaten ihm im Dezember 1918 die Präsidentschaft antrug, erklärte er dies nicht für Hochverrat — wir hatten damals bekanntlich die Regierung des Rates der Volksbeauftragten —, veranlaßte nicht die Verhaftung der Putschlüsternen, sondern erwiderte, er müsse erst mit seinen Parteigenossen reden! Als die Friedensbedingungen bekannt wurden, blamierte er sich dann das erste Mal gründlich, indem er ihre Unannehmbarkeit öffentlich verkündete. Bekanntlich wurde der Friedensvertrag ein paar Monate später von ihm ratifiziert. Einige Zeit schwieg Herr Ebert und käute nur die Reden seiner Beamten bei offiziellen Veranstaltungen aller Art wieder. Dies paßte ihm nicht: er will „aktiv" wirken. Und so hat er nun dieser Tage ohne Wissen der Reichsregierung dem Korrespondenten einer spanischen Zeitung ein Interview gewährt und dabei die künftige Reichspolitik festzulegen versucht.

Wie sein Freund Noske, mit dem er gemeinsam Badereisen und Bankettourneen unternimmt, setzt sich also auch Herr Ebert über unzweideutige Verfassungsbestimmungen hinweg. Das ist ein ganz unerhörter Skandal. Es ist notwendig, dem höchstgestellten Repräsentanten der Republik sehr energisch klar zu machen, daß er absolut nichts zu sagen hat, außer, was ihm von den verantwortlichen Regierungsstellen aufgetragen wird. Vom persönlichen Regiment haben wir nachgerade genug.

Was nun das Interview Herrn Eberts betrifft, so ist daran geradezu unglaublich die Art, wie er sich das Verhalten Deutschlands gegenüber einem Verlangen der Entente zur Teilnahme an einer Blockade Sowjetrußlands denkt. Er rechnet damit, daß Deutschland zur Teilnahme gezwungen

werde und drückt seinen tiefen Abscheu darüber aus. Das ist menschlich sehr hübsch von ihm mit Rücksicht auf die Folgen einer Blockade. Aber wo zum Teufel steht denn geschrieben, daß die Entente uns zwingen möchte oder könnte, aktiv militärisch gegen Rußland vorzugehen? Sie hat weiter nichts getan, als, wie andere Staaten, auch Deutschland zu einem aktiven Vorgehen gegen Rußland aufgefordert. Weshalb erklärt Herr Ebert, wenn er schon das Bedürfnis hat, seinen Geist ohne Befragen der Regierung individuell leuchten zu lassen, nicht rund heraus in Konsequenz seines bekundeten Abscheus vor dem Verlangen der Entente die Ablehnung Deuschlands? Dann hätte er sich wenigstens ehrenvoll blamiert, wenn seine geäußerten Befürchtungen Tat würden. So aber können seine Wort leicht in der Wirkung als Rat in bestimmter Hinsicht an die Entente erscheinen. Nur eine neue Schädigung des deutschen Ansehens im Auslande bei allen Sozialisten und rechtlich denkenden wird die Folge davon sein:

Weil man mit der Masse auf den schreienden Widerspruch der deutschen Regierungsweisheit gestoßen wird, die im Innern mit der brutalsten Gewaltanwendung alles, was ihr unbequem ist, niederknüttelt und nach außen nicht den Mut findet, vor aller Welt empörende Zumutungen abzulehnen. Wie nahe liegt doch der Gedanke, diese entsprächen in Wahrheit ihrer Ueberzeugung. Und ihre Taten gegen das revolutionäre Proletariat in Deutschland lassen freilich ihre Geneigtheit zu einem ähnlichen Vorgehen gegen die Revolution im verhaßten Sowjetrußland nur zu deutlich erkennen! — — —

Genug. Auch die neueste Aktion des Herrn Präsidenten zeigt, wie überflüssig nicht nur, sondern geradezu schädlich sein Amt ist und wie recht die Unabhängige Sozialdemokratie in Weimar gehandelt, als sie an Stelle des Präsidenten ein verantwortliches Kollegium mit der Vertretung der deutschen Staatsmacht nach innen und außen betrauen wollte.

Zur Praxis deutscher Vorgesetzter in ausländischen Gefangenenlagern

Daß der alte preußische Drill auch während der Gefangenschaft seiner Träger nicht starb, haben zahllose Beschwerden von deutschen Kriegsgefangenen während des Krieges und ihre Rache an schikanierenden Vorgesetzten nach der Entlassung auf deutschem Boden bewiesen. Erst in letzter Zeit wurden mehrere solcher Fälle bekannt, in denen Kriegsgefangene nach ihrer Heimkehr in den deutschen Sammellagern ihren Vorgesetzten, die sie in der Gefangenschaft „geschliffen" hatten, mit ungebrannter Asche quittierten. Auf Grund dieser Tatsachen haben nunmehr unsere Genossen Simon-Nürnberg und Geyer-Leipzig folgende kleine Anfrage in der Nationalversammlung gestellt:

„. . . Ein großer Teil deutscher Kriegsgefangener erhebt nach ihrer Rückkehr bittere Klage darüber, daß sie in den Gefangenenlagern durch ihre deutschen Vorgesetzten Drangsalierungen und Grausamkeiten ausgesetzt waren.

Nach Zeitungsberichten hat die Erbitterung über diese erduldeten Grausamkeiten dazu geführt, daß Kriegsgefangene nach ihrer Rückkehr Lynchjustiz an solchen Vorgesetzten verübten.

Ist der Regierung diese Tatsache bekannt, und ist sie bereit, eine restlose Aufklärung der Vorgänge in den Gefangenenlagern herbeizuführen und die Schuldigen, Offiziere und Unteroffiziere zur Verantwortung zu ziehen.? . . . "

Die Hetze gegen unsere Parteipresse

Immer schamloser bekennt sich die Regierung zu einer durch keine gesetzlichen o der rechtlichen Bedenken mehr gehemmten Diktatur der persönlichen Willkür ihrer Parteibonzen. Vor kurzem hat der Reichs- und Staatskommissar für Schlesien und Westposen Hörsing ohne Angabe von Gründen der oberschlesischen Arbeiterschaft, die fast ausnahmslos in der U. S. P. organisiert ist, die Herausgabe einer unabhängigen Zeitung verboten. Wie groß das Bedürfnis danach ist, geht am besten daraus hervor, daß die oberschlesische Arbeiterschaft zu diesem Zwecke in wenigen Wochen genug Mittel aufgebracht hat, um eine eigene Druckerei zu erwerben. Jetzt geht Hörsing daran, unser Breslauer Parteiorgan, die Schlesische Arbeiter-Zeitung, zu vernichten. Mitte September ließ er es mit Berufung auf den Belagerungszustand auf Grund eines Aufsatzes über die oberschlesische Politik auf drei Wochen verbieten. Es stellte sich aber heraus, daß von dem 271 Zeilen langen Aufsatze nur 33 Zeilen verbindender redaktioneller Text waren und daß der übrige Text des Aufsatzes aus Zitaten bestand, die der oberschlesischen Zentrumspresse entnommen waren, welche den verderblichen Einfluß der Hörsing'schen Brutalität auf die Wirtschaftslage und nationale Stimmung Oberschlesiens in eingehendster und vernichtender Weise dargelegt hatte. Nachdem nun wieder zwei Nummern der Schlesischen Arbeiterzeitung erschienen sind, trifft ein neues Verbot für die Zeitung ein, auf die Dauer vom 24. Oktober bis einschließlich 9. November. Jede Erörterung dieses Verbots ist bezeichnenderweise untersagt. Dieses Mal verzichtet man auf die Angabe von Gründen und spricht nur von „aufreizenden Artikeln in den Nummern vom 11. und 18. Oktober." Da das Verbot aber am 24. Oktober ausgesprochen wurde, an einem Tage, an dem die neue Zeitung bereits hergestellt war, sieht man klar, daß es Herr Hörsing darauf abgesehen hat, die Zeitung wirtschaftlich zu schädigen und überhaupt zu ruinieren, wie es Noske mit der „Republik" geboten hat. Beide wissen warum.

Wie lange soll diese Korruption noch andauern?

Katzenjammer

Wo die abhängige Vernunft sich noch nicht völlig in die sklavische Abhängigkeit von der Weisheit regierender parteigenössischer Minister begeben, blitzt ihr ab und zu ein Funke der Erkenntnis des jammervollen Bankerotts auf, dem uns die jetzige Regierungspolitik unaufhaltsam entgegenführt. So finden wir in einem Artikel Hermann Wägers, des rechtssozialistischen Beigeordneten des Landespolizeiamtes Berlin, im Hamburger Echo folgende Feststellung:

„— — — Die Bauern verschieben das Brotgetreide diesjähriger Ernte nach dem Auslande. Die Gendarmerie und die ihr zur Hilfe beigegebenen Gewerkschaftsgenossen werden zum Teil mit scharfen Schüssen und Maschinengewehrfeuer empfangen, wenn sie sich einfallen lassen, Revisionen zur Durchführung der Zwangswirtschaft vorzunehmen. Man hat den Bauern seinerzeit die Waffen gegeben, um sich gegen den Bolschewismus von links verteidigen zu können. Jetzt brauchen sie die Waffen, um damit gegen die Staatsautorität vorzugehen und den Bolschewismus von rechts zu begünstigen."

Herr Wägers verlangt dann sofortige Bereitstellung von Mitteln zur Organisation eines großzügigen Kampfes gegen die Lieferstreiks, Wucherer und Schleichhändler. Sollte das nicht geschehen, „so kommt es in kurzer Zeit zum Kladderadatsch und dagegen hilft dann auch die militärische Sicherheitspolizei nicht mehr."

Herr Wägers wird lange warten können. Seine Parteifreunde in der Regierung fühlen sich allzusehr als Sachwalter der Interessen der Gesamtheit, worunter nach bürgerlich-demokratischem Begriff stets die Interessen der besitzenden Klasse verstanden wurden, als daß sie seine Kassandrarufe beherzigen könnten. Ihre Taktik geht vielmehr dahin, die agrarische Revolte zu verschleiern, zu beschönigen und zu verheimlichen. Denn wenn sie offenbar würde, meinte der Herr Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt dieser Tage im Haushaltausschuß, würde das schädigend auf das deutsche Ansehen im Auslande und damit weiter valutaverschlechternd wirken! Es bleibt aber alles beim alten: bis der Bürgerkrieg übers ganze Reich losbricht.

Spaltung der kommunistischen Partei

Ein Telegramm aus Hannover meldet:

„Die Kommunistische Partei hat sich gespalten. Auf ihrem Parteitag hat die Zentrale der K. P. D. den Delegierten Leitsätze zur Beschlußfassung vorgelegt, die die grundsätzliche Anerkennung der parlamentarischen Tätigkeit verlangten und erklärten, daß die K. P. D. jeden Förderalismus als syndikalistisch verwerfe. Von 43 Delegierten haben 18 gegen diese Leitsätze gestimmt und wurden deshalb als außerhalb der Partei stehend erklärt und aufgefordert, den Parteitag sofort zu verlassen. Ein Teil der Delegierten ist sich sofort in einer Sonderkonferenz darüber schlüssig geworden, daß die von der Zentrale herbeigeführte Spaltung den Zweck verfolge, der revolutionären Massenbewegung des deutschen Proletariats das Rückgrat zu brechen. Diese Delegierten behalten sich vor, die Partei-Organisation in neuer Form zu konsolidieren, und haben die Vorarbeiten zur Durchführung dieses Zweckes der Partei-Organisation der Stadt Hamburg übertragen."

Das Schicksal, daß die Kommunisten der Unabhängigen Sozialdemokratie bereiten wollten, hat sie also selber ereilt.

Lettland

Selbsthilfe der Letten

Der lettische Bezirkschef in Libau hat den deutschen Leutnant zur See Stein, der in amtlicher Stelle bei der Marineauflösungsstelle der deutschen Küsteninspektion tätig war, verhaftet und mitgeteilt, daß er erst freigelassen wird, wenn mehrere lettische Offiziere, die in Esern und Schrunden verhaftet sind, freigelassen werden. Desgleichen hat er für Reichsdeutsche in Libau von der nächsten Ausgabe ab die Brotkarten gesperrt mit der Begründung, daß, da deutsche Truppen vor Libau ständen, die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln leide.

Die deutsche Regierung hat sich nachdrücklich für Stein ins Zeug gelegt. Wie könnte man es auch anders erwarten!

*

Nach lettischen Meldungen geht die Brandschatzung der Bevölkerung durch die Landsknechte weiter. Riga wird noch immer mit giftigen Gasgranaten beschossen. Die deutschen Landsknechte werden beschuldigt, in Twensberg 14 Gefangene ermordet zu haben.

Polen

Streik in den polnischen Zuckerfabriken

In allen Zuckerfabriken Polens ist die Arbeit eingestellt worden. Die Arbeiter verlangen Lohnerhöhungen und Mitwirkung der Arbeiterschaft bei Einstellungen und Entlassungen von Arbeitern. Es wird angenommen, daß der Streik sich auf andere Arbeiterschichten ausdehnen wird.

Brauchen wir in Elbing eine freireligiöse Gemeinde

Von Dr. Kranz II.

Die Menschen zerfallen in ihrer Stellung zur Religion in zwei Hauptgruppen. Die einen haben ein tiefes religiöses Bedürfnis, welches ihre ganze Persönlichkeit beherrscht, die andern entbehren dieses Gefühls vollständig. Zwischen diesen beiden, einander gegensätzlich gegenüberstehenden Gruppen gibt es viele Menschen, welche die Uebergänge darstellen, insofern, als sie mehr oder weniger religiös tief empfinden. Man muß sich jedoch hüten, die Menschen je nach ihrer Religiösität für Gute oder Schlechte zu halten, denn die Moral hat mit dem religiösen Bedürfnis nicht das Mindeste zu tun. Es gibt, wie ein jeder aus seiner Erfahrung weiß, Leute, welche nicht allein jedem der bekannten Religionssysteme und -lehren ablehnend gegenüber stehen, sondern auch nicht einmal den Glauben an einen Gott, in welcher Weise man sich denselben auch vorstellen möge, als Notwendigkeit für sich empfinden und doch durch ihre in ihren Handlungen sich offenbarende Gesinnung zeigen, daß sie zu den moralisch am höchsten stehenden und Edelsten ihrer Zeitgenossen gehören, während andererseits es auch Menschen gibt, welche sehr kirchlich gesonnen sind, auch sogar sich vor sich selbst für wirklich fromm halten, aber aus Mangel an guten Charakteranlagen ihre Handlungen nicht in den richtigen Einklang mit den von ihnen für wahr und richtig gehaltenen Lehren ihres Glaubensbekenntnisses, ja nicht einmal mit den allgemein gültigen Sittengesetzen zu bringen vermögen. Wie vorher erwähnt, hat die Moral mit dem religiösen Bedürfnis des Einzelnen nichts zu tun, jedoch besteht ein Zusammenhang zwischen der Moral, das heißt, sowohl zwischen den

---

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

7]

„Haben Sie dann diese Kenntnisse verwertet? Ich meine hatten Sie eine Stellung in einem Bureau?"

„Ja."

„Bei wem?"

„Bei einem Rechtsanwalt."

„Wie lange?"

„Drei Wochen."

„Weshalb nur so kurze Zeit?"

„Der Bureauvorsteher belästigte mich. Stellte mir nach."

„Hm. Seitdem haben Sie keine Stellung mehr gehabt?"

„Nein."

„Seit wann also sind Sie beschäftigungslos?"

„Seit anderthalb Jahren."

„So. — Und Ihre Eltern ließen Sie also einfach herumlaufen. Na — dann ist das ja kein Wunder. Dabei kleiden Sie sich weit über Ihren Stand. Wo kommen die Mittel hierzu her?"

Herta Hecker richtete einen großen erstaunten Blick auf den hochgewachsenen, zornigen Mann, der sie so bitterböse, ja haßerfüllt ansah. Hatte er ein Recht, solche Fragen an sie zu richten? Hier also war der Feind. Wie Schutz suchend, wandte sie sich zu dem Vorsitzenden, der auch ein wenig betroffen dreinsah.

Wieder sehr milde, sagte er: „Fräulein Hecker, beantworten Sie die Frage des Herrn Staatsanwalts."

Der Verteidiger sprang auf. „Die Zeugin ist hierzu nicht verpflichtet!" rief er.

Sofort warf der Staatsanwalt ein: „Der Herr Verteidiger fürchtet also, daß die Zeugin durch Beantwortung meiner Frage sich selbst bezichtigen könnte. Das genügt mir vollauf."

Jordan setzte sich und strich befriedigt über seine fiebernde Stirn. Ruhe — nur Ruhe — dachte er. Ich will mich nicht hinreißen lassen. Ich habe gar nichts gegen dieses wirklich schöne Geschöpf. Aber ich ertrage es nicht, daß preußische Richter von jeder hübschen Larve sich weich machen lassen. Hier wird wegen schwerer Kuppelei verhandelt. Da ist es nicht am Platze, Süßholz zu raspeln. Ja, ja. Dies ist der springende Punkt. Das Mädel kleidet sich wie eine Prinzessin. Die Mutter litt das. Nahm es an, daß andere diesen Aufwand bestritten. Wahrnehmung eines Vorteils aus unsittlichen Beziehungen. Die Mutter nahm wohl auch selbst Geld von der Tochter an. Jordan notierte auf seinem Merkzettel: Kleideraufwand der Tochter.

Der Vorsitzende fragte: „Hat der Herr Staatsanwalt noch eine Frage an die Zeugin?"

Jordan sprang auf. „Gewiß. Und eine recht wichtige. Haben Sie, Herta Hecker, bisher stets bei Ihren Eltern gewohnt?"

„Ja."

„Haben Sie Ihren Eltern für Kost und Wohnung etwas bezahlt?"

„Nein."

„Das ist seltsam genug. Ihre Eltern leben in kümmerlichen Umständen. Sie sind eine erwachsene, kräftige Person. Weshalb arbeiten Sie nicht? Weshalb unterstützten Sie Ihre Eltern nicht wenigstens dadurch, daß Sie für Kost und Logis eine Kleinigkeit entrichteten, wie das Mädchen Ihres Standes stets zu tun pflegen?"

Herta Hecker zuckte die Achseln und warf den blonden Kopf in den Nacken. Sonst antwortete sie nichts. Diese Gebärde war voller Hochmut und Trotz. Sie nahm sich aus, als wollte das Mädchen ausdrücken, sie begreife nicht, wie man sie unter so allgemeine Gesichtspunkte stellen könnte, da sie doch ein so besonderes Wesen sei. Etwas Prinzessinnenhaftes war in dieser Abweisung, die, wie es Jordan schien, wiederum am Richtertische tiefen und wohlgefälligen Eindruck hervorrief.

Von neuem packte Jordan die Wut.

„Hören Sie, Zeugin, es geht hier um das Schicksal Ihrer Mutter, der Zuchthausstrafe droht. Ich möchte Sie doch auf den ganzen Ernst der Lage hingewiesen haben. Wenn schwache und charakterlose Eltern auch mit Recht dafür büßen sollen, daß ihre unmündigen Kinder auf Abwege kommen, so sollten Sie selbst doch hierfür mehr Verständnis zeigen, daß am Ende Sie es sind, die Ihre leibliche Mutter ins Zuchthaus bringt. Sie können mit ihren siebzehn Jahren noch nicht verderbt genug sein, dieser Gefahr gegenüber fühllos zu bleiben."

Es packte sie. Es ging ihr wie ein Ruck durch die Glieder. Sie riß sich zur Anklagebank herum. Sie stürzte zu ihrer Mutter hin, schlang beide Arme um deren Hals, als gälte es die Angeklagte zu schützen.

„Muttchen! Muttchen!" rief sie schluchzend.

„Führen Sie hier kein Theater auf," knurrte Jordan, „das wirkt fast noch schlimmer als Ihre frühere Frechheit."

Eine Pause entstand. Im Augenblick ließ Herta Hecker von ihrer Mutter ab, die schluchzend dasaß, trocknete sich rasch die Augen und wandte sich zum Staatsanwalt. Totenblaß war sie geworden, es zuckte um ihren Mund. Ihr klassisch schönes, marmorbleiches Gesicht, aus dem jeder Blutstropfen gewichen war und in dem nur der üppige Dirnenmund purpurn glühte, glich einer Maske. Den Dämon des Hasses konnte sie darstellen, denn diese großen Augen durchbohrten Jordan mit dem vollen Ausdruck der Wut. Einen Moment starrte er sie fassungslos an. Es war etwas in diesem Gesicht, was ihn herrisch anblitzte. Die Wut packte jetzt auch ihn. Der Staatsanwalt schlug mit der Faust auf den Tisch. „Sehen Sie mich nicht so an!" donnerte er, „ich verbitte mir das! Mit solchen Elementen, wie Sie sind, werden wir hier noch fertig werden! Ich behalte mir vor, am Ende der Verhandlung Ihre Ueberführung in Zwangserziehung zu beantragen. Merken Sie sich das!"

Herta Hecker rührte sich nicht, stand einen Moment wie eine Bildsäule da. Dann wandte sie sich ruhig ab, mit einer Wendung zum Zeugentisch, die fast ihren Rücken dem Staatsanwalt zuwandte.

Der Verteidiger war gleichfalls sehr blaß geworden, wagte aber, um die Sache der Angeklagten nicht noch weiter zu verderben, keinen Einspruch. Der Denunziant, Herr Koch, allein leuchtete vor Schadenfreude . . .

„Hat der Herr Staatsanwalt noch sonst eine Frage an die Zeugin?"

Gegen den Vorsitzenden, der diese Worte au ihn gerichtet hatte, sich leicht verneigend, sagte Jordan kurz: „Ich verzichte."

Auf einen Wink des Vorsitzenden nahm Herta Hecker auf der Zeugenbank Platz.

„Dann kommen wir," bemerkte der Vorsitzende, „zur Vernehmung der restlichen Zeugen. Rufen Sie Herrn Karl Steffens herein!"

Ein junger, stutzenhafter Kahlkopf mit verlebten Zügen, in denen die Angst zuckte, trat an den Zeugentisch heran und sprach, nachdem alle sich erhoben, die Eidesformel dem Vorsitzenden nach. Seine Stimme bebte. Die Spürkünste des Denunzianten Koch hatten diesen Zeugen aufgebracht, der nun um Stellung, Ruf und Namen bangte, da er mit Herta Hecker Beziehungen gehabt, als sie noch in einem Alter stand, das diese Beziehungen unter Strafe stellte. Der Rechtsanwalt, den Steffens befragt hatte, hatte ihn zwar beruhigt, aber ihm doch auch geraten, bei der Zeugenaussage das Mädchen nicht zu schonen. Je dirnenhafter Steffens es schildern würde, um so sicherer unterstellten Richter und Staatsanwalt die Bescholtenheit des Mädchens, womit dann die Straflosigkeit derer feststand, die vor Ablauf der gesetzlichen Schutzfrist mit Herta Hecker zu tun gehabt hatten.

(Fortsetzung folgt.)

sittlichen Begriffen als auch den aus ihnen sich ergebenden Handlungen, mit den religiösen Lehren, denn zweifellos haben die von den einzelnen Religionssystemen gelehrten Sittengesetze einen großen Einfluß auf die Anschauungen der Menschen über Gut und Böse. Der gemäß seinen angeborenen Charakteranlagen gute Wilde wird durch den Glauben an das Christentum entschieden in seinen Handlungen dahingehend beeinflußt werden, daß er zum Beispiel die Menschenfresserei aufgeben wird.

Die heute in der ganzen Welt ihren Einfluß geltend machenden Religionen unterscheiden sich in den von ihnen gelehrten sittlichen Begriffen nicht wesentlich voneinander, sodaß bei den Kulturnationen dieselben Sittengesetze das Leben des Einzelnen und der Oeffentlichkeit beherrschen. Es brauchte daher auch ein unter uns aufwachsendes Kind nicht eine besondere unterrichtliche Unterweisung in der allgemeinen Moral, um eine Gefährdung der Sittlichkeit zu vermeiden, da der Verkehr mit den es umgebenden Menschen die Bekanntschaft mit den Moralbegriffen vermittelt, wenn die Umgebung selbst auf genügender sittlicher Höhe steht. Ist dies nicht der Fall, so ist das Kind allerdings sehr gefährdet, auch wenn Religions- oder Moralunterricht erteilt wird. Denn was vermag ein selbst täglicher, einstündiger Unterricht gegen das ständige böse Beispiel, zumal da der von den schlechten Eltern, welche in den meisten Fallen die Umgebung ausmachen, vererbte schlechte Charakter einen minderwertigen Boden für die gute Saat bildet. Aber auch moralisch gute Eltern sind aus Mangel an erzieherischer Begabung und Zeit oft nicht in der Lage, ihr Kind auf größte sittliche Höhe zu bringen. Deshalb werden wir für unsere Kinder einen Religions- oder Moralunterricht nicht entbehren wollen.

Welcher Unterschied besteht nun zwischen einem Religions- und einem Moralunterricht. Der erstere vermittelt die Kenntnis der Geschichte der Religionen aller Systeme, wenn er vollkommen ist, der Religionsunterricht unserer Schulen nur des jüdischen und christlichen Bekenntnisses, ferner lehrt er die Kinder das Glaubensbekenntnis der beiden christlichen Religionen; aus diesen beiden Lehrstoffen entnimmt der Schüler die religiösen Sittenbegriffe und findet sie in Uebereinstimmung mit den schon vor seiner Schulzeit ihm von der Umgebung vermittelten allgemein herrschenden Sittengesetzen.

Der Moralunterricht will zunächst, was in seinem Namen liegt, nur die Bekanntschaft mit den herrschenden Moralgesetzen herbeiführen, da aber das Studium der Bibel, eines weltgeschichtlich wichtigen Buches, und der Geschichte aller Religionen ein wichtiges Bildungsmittel ist, auch zur Durchgeistigung der Moral dient, so wird keinem Kinde dieser Lehrstoff vorenthalten werden dürfen. Der wichtige Unterschied beider Unterrichte liegt also in der vorurteilsfreien Darstellung der Glaubenssätze aller Religionen im Moralunterricht gegenüber der von dem Lehrer im Religionsunterricht aufgestellten Forderung, allein sein Glaubensbekenntnis für das einzig wahre zu halten.

Diejenigen Eltern, welche aus der Staatskirche ausgetreten sind und damit zum Ausdruck gebracht haben, daß sie nicht die Glaubenssätze oder Dogmen eines Religionssystems anerkennen, sondern daß sie sich auf Grund ihrer Lebenserfahrung und ihrer Kenntnisse des Naturgeschehens eine, von aller übernatürlichen Offenbarung freie Vernunftreligion geschaffen haben, werden es nicht zulassen wollen, daß ihre Kinder den vorher geschilderten, einseitigen Religionsunterricht, wie er in der Schule erteilt wird, erhalten.

Um einen guten Moralunterricht für die Jugend zu schaffen, bedarf er des Zusammenschlusses aller freidenkender Eltern zu einer freireligiösen Gemeinde.

Doch dies ist nicht der einzige Grund, welcher die Konfessionslosen veranlaßt, eine freireligiöse Gemeinde zu gründen:

Wie die politischen Verhältnisse es jeden lehren, brauchen die Freidenker oder Dissidenten des Schutzes vor Gewissenszwang, der Befreiung von jeder inneren und äußeren religiösen Vergewaltigung. Die Macht der Kirche und der sie stützenden Staatsinstitutionen ist auch in unserem jetzigen Deutschland noch sehr groß, und auch jetzt noch nicht, ebensowenig wie im Mittelalter, kennt die Kirche wirkliche Duldung Andersdenkender. Seht viele Rektoren und Lehrer mit Ausnahme der sozialistischen, wie sie sich dagegen sträuben, ein Kind vom Religionsunterricht frei zu geben. Die Regierung erschwert die Befreiung von diesem Unterricht durch den Zwang, das Kind nur am 1. April und 1. Oktober aus dieser Lehrstunde herausnehmen zu dürfen.

Wir Konfessionslosen aber brauchen den Zusammenschluß auch um unserer selbst willen: In sonntäglichen Versammlungen wollen wir gegenseitig uns unsere Kenntnisse in den Naturwissenschaften vertiefen helfen, denn unsere Religion verzichtet nicht auf die Wahrheiten der Naturerkenntnis und verläßt sich nicht auf finstere Vorstellungen alter Kirchenväter über Zweck und Ziel unseres Daseins. Was große Geister, die Philosophen aller Zeiten, sich, unbeirrt vom Kirchenglauben, unter Religion dachten, das wollen wir uns vortragen, und damit unsere Religionsanschauungen und Sittenbegriffe verbreitern und vertiefen.

Vieler Konfessionsloser Wunsch ist es auch, an Stelle der Taufe, der Einsegnung und der kirchlichen Hochzeitszeremonie den ernsten Lebensmomenten angemessene, feierliche Handlungen zu setzen. Auch das ermöglicht nur der Zusammenschluß zu einer Gemeinde. Wie erleichtert eine solche Vereinigung die Veranstaltung einer würdigen Begräbnisfeier. Ein reges Gemeindeleben wird eine hinreichende Zahl guter Redner schaffen. Und das auch Freidenker bei der Beerdigung ihrer Angehörigen einen Nachruf am Grabe nicht missen wollen, dürfte zu den Selbstverständlichkeiten gehören. Wie kalt und unbefriedigend wirkte neulich die Bestattung der Gattin eines alten Klassenkämpfers, bei der jedes teilnamsvolle Wort eines rednerisch begabten Genossen fehlte.

Vorstehende Ausführungen dürften hinreichend sein, um die Notwendigkeit der Gründung einer freireligiösen Gemeinde in Elbing zu beweisen.

Es gibt auch unter den Freidenkern viele Leute, welche ein tiefes religiöses Bedürfnis in sich tragen und welche eine ernste Feierstunde nicht entbehren möchten, in der sie fern ab von dem Alltäglichen zu hohen Gedanken erhabenster Menschlichkeit angeregt werden, sei es, daß das Beispiel der edelsten Menschen aller Zeiten die eigene Seele erhebt, sei es, daß die Worte eines aus eignem tieferen Innern schöpfenden Redners zum Nachdenken und Verweilen in der höheren Sphäre andächtiger Innerlichkeit zwingt.

In und um Elbing

Vierte Klasse

Natürlich fahre ich vierter Klasse. Die ehrwürdige Institution der Klasseneinteilung in der Eisenbahn ist ja spezifisch norddeutscher Art, und bevor die etwa alles nivellierende Neuerungssucht sie umwirft, will ich sie doch mit allen Vorzügen für mich ausnutzen.

Pädogogische Rücksicht auf das Volksempfinden trennt säuberlich die Armen von den mehr Zahlungsfähigen, die sich für ihr gutes Geld mit seufzendem Behagen auf die Samtpolster sinken lassen und kopfschüttelnd zusehen, wie sich der „Plebs", mit Gepäck überlastet, in die Wagen vierter Klasse staut.

Ich komme mit einem Menschenknäuel hinein, ohne Stufen zu merken, und konzentriere alle Willenskraft darauf, meine Reisetasche an mich zu drücken. Es ist schwarz vor meinen Augen, denn ich presse meine Nase an den Rücken eines gewaltigen Vordermannes. Es tritt etwas Ruhe ein, nachdem Säcke, Pakete, Schloßkörbe auf- und nebeneinander getürmt sind und die Menschen ihren Stand eingenommen haben. Ich finde Platz für einen Fuß — der andere steht auf einer Pappschachtel. Ich suche zu zählen: Es sind rund vierzig Menschen mit Gepäck in dem Abteil.

Die Kupeetür ist geschlossen. Ich habe nichts gegen sofortige Abfahrt.

Da wird die Tür aufgerissen. Ein lahmer Krieger, mit einem Säugling bewaffnet, als Bedeckung gefolgt von seiner energischen jungen Frau mit zusammengeklapptem Kinderwagen, lehnt die Angstschreie: „Besetzt!" „Uebervoll!" — mit einer Handbewegung ab, die die Nächststehenden auf die Schachteln treibt.

„Und das Unmögliche, hier wirds Ereignis!" Auch die Frau kommt herein, schließt hinter sich die Tür, klappt gewaltsam den Kinderwagen auf, vertreibt zwei kräftige „Männer in den besten Jahren" von der Bank — und nimmt zufrieden mit ihrem Eheherrn Platz, den Säugling in schöner Gemütlichkeit pflegend.

Jeder hat sich der glücklichen Familie wegen noch schlanker anlehnen müssen, und um alle zu versöhnen, hält die tatkräftige Mutter eine Ansprache.

„Solange der Kriegsbeschädigte nicht erster Klasse fahren darf, während die Drückeberger bequem darin sitzen, steigt er in die Vierte! Ein Kind gehört nicht ins Hundekupee, und weil die Züge keinen Wagen für Säuglinge und stillende Mütter haben, muß man sich behelfen. Wer sich geniert, soll wegsehen!"

Sprachs und öffnete die Bluse und der schmatzende Säugling trank, daß ihm die Schweißperlen auf die rosige Haut traten.

Keiner der Mitreisenden hat sich geniert. Soweit ich den Kopf drehen konnte, ruhten alle Blicke andächtig auf der Frau mit dem Kinde — auf der zeitgemäß energischen Mutter.

Wer bekommt den Zucker?

Der Verteilungsplan der Reichszuckerstelle für die beiden letzten Jahre sieht folgendermaßen aus:

	Bereitstellung für Weinzuckerung		Einmachezucker	
1917-18	116 207	Doppelzentner	900 000	Doppelzentner
1918-19	120 000	„	—	

Damit die Ansprüche der Besitzenden auf einen guten Wein erfüllt werden können, bekommen also die Weinproduzenten in diesem Jahre noch 4000 Doppelzentner Zucker mehr als vorher. Den unterernährten Proletarierfrauen und -Kindern aber, denen auch die Milch zum größten Teil schon durch die Resistenz der Agrarier vorenthalten wird, entzieht man außerdem auch noch die bisher gewohnte kleine Zuckerzulage. Damit ja den Nachtklublern und ähnlichen gesellschaftlich notwendigen Existenzen der Weingenuß gewährleistet werden kann.

Mit vollem Recht bezeichnet der Allgemeine Deutsche Zentralverband zur Bekämpfung des Alkoholismus die Praxis der Reichszuckerstelle als „schreiendes Unrecht". Der Einwand, die Weintrauben könnten ohne Zucker nicht verwertet werden, ist lächerlich. Man kann sie roh genießen, trocknen, zu Marmeladen verarbeiten und in Säfte sterilisieren. Aber dann wäre es mit der Weinherstellung in diesem Jahre nichts; und das geht nach dem unerforschlichen Ratschluß Schmidts und seiner Instanzen nicht an. Mögen die breiten Massen nach Zucker hungern. Was tuts! Wenn nur die kapitalistischen Parasiten der Gesellschaft zu ihrem Vergnügen kommen!

Die Soldaten müssen Waffen tragen

Das Garnisonkommando bittet uns zwecks Vermeidung von Mißverständnissen und Mißhelligkeiten um folgende Veröffentlichung:

Nach einer neueren Verfügung des Wehrkreiskommandos I (früher Generalkommando) Königsberg, dem auch die Garnison Elbing untersteht, haben sämtliche Truppen des Wehrkreisbereichs in und außer Dienst die Seitenwaffe zu tragen. Das bezieht sich nicht nur auf die Reichswehr, sondern auch auf die Angehörigen der Abwicklungsstellen der alten Armee.

Was das Tanzen kostet

Die Elbinger Volkszeitung rechnets uns gestern vor. 720 Millionen jährlich soll das deutsche Volk dafür ausgeben. Ob die Rechnung auch nur annähernd stimmt, wollen wir nicht nachprüfen, sondern nur feststellen, daß die Elbinger Volkszeitung diese Notiz gleich zweimal bringt. Einmal auf der dritten und sodann nochmals auf der vierten Seite im gleichen Wortlaut. Sie scheint also den Kampf gegen das Tanzen für notwendiger zu erachten, als den um die elementarsten Volksrechte.

Ein Einbruch

wurde vor einigen Tagen bei dem Fuhrhalter Jepp in Pangritz-Kolonie, Klosterstr. Nr. 30, verübt. Es wurden sämtliche Sparkassenbücher und Kriegsanleihen gestohlen, etwas Geld war schon von der Sparkasse abgehoben. Der Diebstahl wurde erst nach fünf Tagen entdeckt. Von dem Täter fehlt bis jetzt jede Spur.

Von der Heilsarmee

Am Freitag, den 31. Oktober 1919, wird der neue Leiter der Deutschen Heilsarmee Herr Kommandeur Oegrim seine erste Versammlung in Elbing im Gewerbehaus abhalten. Der Kommandeur stammt aus Schweden und hat dort jahrelang die Leitung der Heilsarmee in Händen gehabt. Die Frau Kommandeurin übernimmt die Sozialarbeit, sie wird auch anwesend sein und sprechen.

Ostdeutsche Nachrichten

Die Räumung Westpreußens

Der Deutschen Allgemeinen Zeitung wird hierüber aus Danzig gemeldet: „Es ist vorgesehen, daß die Räumung am Morgen des 7. Tages nach dem offiziellen Friedensschluß beginnt. Das westpreußische Gebiet ist in sieben Zonen eingeteilt worden. Jede Zone hat eine Räumungsfrist von zwei bis vier Tagen, so daß die ganze Räumung in 19 Tagen erfolgt sein dürfte. Sie erfolgt in der östlichen Ecke Westpreußens, im Kreise Strasburg; auch Festung und Stadt Thorn liegen in der ersten Räumungszone.

Um die Uebergabe der deutschen Verwaltungen und Festungen durch die Polen vorzubereiten, treffen schon vor dem Tage der Uebergabe polnische Kommissionen, bestehend aus Offizieren, Militär- und Verwaltungsbeamten, in den einzelnen Festungen bezw. Orten ein. Wie verlautet, erklären die Polen sich imstande, durch eigene Beamten sofort die Lücken in den ländlichen und städtischen Verwaltungsbehörden auszufüllen, die durch den Fortzug der deutschen Beamten entstehen. Schon seit einiger Zeit sind bei jedem Landratsamt bezw. Magistrat in den Stadtkreisen polnische Delegierte zu informatorischen Zwecken tätig. Die Zahl der deutschen Beamten, die geneigt sind, in polnische Dienste überzutreten, ist verhältnismäßig gering. In einzelnen Kreisen ist kein einziger deutscher staatlicher oder städtischer Beamter dazu bereit, zumal die Polen bisher die Bedingungen, unter denen sie die deutschen Beamten übernehmen würden, nicht bekanntgegeben haben. Abschreckend auf die deutschen Beamten hat es in sehr hohem Grade gewirkt, daß die polnische Presse vor einiger Zeit mitteilte, es würde von jedem Staats- und städtischen Beamten die Leistung des polnischen Staatsdienereides verlangt und gefordert, innerhalb einer bestimmten Zeit die polnische Sprache erlernt zu haben.

Bei der militärischen Räumung folgen die polnischen Truppen den deutschen auf dem Fuße. Es bleibt jedoch zwischen den beiden Truppenkörpern eine neutrale Zone von einigen Kilometern, um Zusammenstöße zu vermeiden. Während der Uebergangszeit wird dort der Schutz des Eigentums den örtlichen Zivilbehörden anvertraut. In dem ganzen Gebiet sind in den letzten Monaten Einwohnerwehren aus deutschen und polnischen Männern gebildet worden. Sie werden mit den örtlichen Polizeiorganen den Sicherheitsdienst versehen. Diese Maßnahme ist um so nötiger, als mit der Bildung von Räuberbanden, die sich das Abziehen des deutschen Militärs zunutze machen wollen, zu rechnen ist. In den letzten Monaten haben besonders in dem waldreichen Gebiet der Tuchler Heide trotz der starken Belegung mit deutschen Grenzschutztruppen derartige Banden ihr Unwesen getrieben, ganze Höfe ausgeplündert und niedergebrannt und Bauernfamilien ermordet. Die polnischen Volksräte stellen mit dem Tage der Uebernahme durch die polnischen Militärbehörden ihre Tätigkeit ein. Auch für die deutschen Arbeiter und Bauernräte gibt es dann keine Betätigung mehr."

Buchdruckerstreik in Marienburg

Ein Extrablatt der Marienburger Zeitung berichtet:

Mit dem heutigen Tage hat unser gesamtes Buchdruckereipersonal unter Bruch des für Arbeitgeber und Arbeitnehmer seit ca. 30 Jahren gültigen deutschen Buchdruckertarifs die Arbeit niedergelegt. Wir sind dadurch genötigt worden, unsere Betriebe ruhen zu lassen und bitten daher unsere Leser, Inserenten und Kunden, der gegebenen Lage Rechnung tragen zu wollen. Marienburger Zeitung und Kreisblatt, O. Halb. Marienburger Nogat-Zeitung, Fritz Großnick. Buchdruckerei Paul Aßmus.

Wir wissen zwar nicht, welches der Grund zu diesem Vorgehen der Buchdruckergehilfen ist und welches ihre Forderungen sind, können aber schon heute feststellen, daß der oben zitierte „seit ca. 30 Jahren gültige" Buchdruckertarif am allerwenigsten bis in neuerer Zeit hinein gerade von den Marienburger Buchdruckereibesitzern respektiert und anerkannt wurde. Die Firmen Großnick und Aßmus haben wohl schon seit einiger Zeit den Tarif anerkannt, aber mit seiner Innehaltung hat es immer merklich gehapert. Die Organisationsleitung in Danzig kann davon ein Lied singen. Die Firma O. Halb hat aber erst nach der Revolution dem Tarif zugestimmt, „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe", aber jetzt entsinnt sie sich ebenfalls auf den „seit ca. 30 Jahren gültigen" Buchdruckertarif. Früher scheint die Firma denn doch nichts von der Existenz eines solchen gewußt zu haben.

So muß man reden

Die Danziger Volkswacht berichtet über die Metallarbeiterverbandstagung:

> . . . Eine geschlagene Woche hat die Generalversammlung dieses Verbandes gebraucht, um die Vergangenheit durch einfache Abstimmung schlecht zu heißen. Der heftigste, zeitraubendste Kampf drehte sich um die Kriegspolitik, die sogenannten Fehler der Generalkommission und vor allem — um wohlberechtigte Wahlproteste. **(Die Opposition hatte ihre Mehrheit erschwindelt, und die Berliner waren wieder einmal die Mandateschieber, die mit unglaublichen Mitteln bei der Wahl gearbeitet hatten und obendrein die Stirn besaßen, auf dem Verbandstag über die Gültigkeit ihrer eigenen Mandate mit abzustimmen.)** Der Vergangenheit hatte man ausgiebig gedient, um dafür die Zukunft um so mehr zu vernachlässigen. . . .

Der Grimm der Unterlegenen spricht aus diesen Zeilen. Es wird der Volkswacht nichts helfen: dieser Verbandstag war der Beginn einer großen Reinigungsarbeit. Bauarbeiter und Holzarbeiter kommen auch noch dran.

Die Soldatenräte werden eingesperrt

Nach der Danziger Zeitung hatte sich der Landwehrmann, Kaufmann Karl Buschmeyer vor dem hiesigen Schöffengerichte wegen Beleidigung der Offiziere der früheren Kommandantur in Danzig zu verantworten. Nach der Revolution wurde Buschmeyer als Beauftragter des Vollzugsausschusses bei der Kommandantur bestellt. Als in Danzig die Kundgebung anläßlich der Ermordung von Rosa Luxemburg und Liebknecht stattfand, ordnete Buschmeyer an, daß dabei eine Militärkapelle mitwirkte. Dieser Anordnung suchten sich die Offiziere der Kommandantur zu widersetzen. Buschmeyer wurde nun recht grob und sprach von einer „Gemeinheit" und „Frechheit", seinen Befehl, die Anordnung in die Parole aufzunehmen, nicht zu befolgen und er drohte, die Arbeitermassen nach der Kommandantur zu schicken. Wegen dieser Beleidigung hatte der Kommandant Strafantrag gestellt. Das Schöffengericht verhandelte über die Sache. Buschmeyer war

vom Erscheinen befreit. Das Gericht verurteilte ihn wegen Beleidigung der Offiziere und Erpressung zu **einem Monat Gefängnis.**

Es ist erreicht. Wir sind, ehe ein Jahr vergangen ist, bereits glücklich soweit gekommen, daß wir wegen der Revolution bestraft werden. Noch ein Jahr und Wilhelm thront wieder in Berlin. Wenn, ja wenn nur die 300 Milliarden Staatsschulden nicht wären.

Danzigs Metallarbeiter kündigen dem Polizeipräsidenten

Unter der Spitzmarke: „Ein Akt der Gewalt" berichtet die Danziger Volkswacht:

„Die am Sonnabend tagende Versammlung des Metallarbeiterverbandes hat beschlossen, dem Gewerkschaftssekretär Genossen Früngel, der zurzeit das Amt des Polizeipräsideuten kommissarisch versieht, die Kündigung zuzustellen. Genosse Früngel ist dadurch nicht aus dem Verband ausgeschlossen.

Es ist ein trauriges Zeichen von der fortschreitenden Radikalisierung im Gewerkschaftsleben, die selbst nicht davor zurückschreckt, Beamte, die zu den Zeiten, als Gefahr damit verbunden war, für ihre Verbandskollegen sich eingesetzt haben, kurzerhand abzusägen. Willst du nicht mein Bruder sein, so hau ich dir den Schädel ein . . ."

Wozu das Gegreine? Früngel verbot im Auftrage seiner reaktionären Freunde das freie Volk. Wenn die Danziger Arbeiter jetzt wieder zurückhauen, so ist das eine Maßregel, die jedermann erwarten mußte. Lediglich durch seine Schuld ist Früngel in diese tragikomische Rolle gekommen.

Von nah und fern

Granaten- u. Gasmunitionsexplosion bei Munster

Große Mengen von Granaten und Gasmunition sind auf dem Gasplatz in Brelow bei Munster in Brand geraten. Die Wucht der Explosionen war so stark, daß in den benachbarten Ortschaften des Umkreises die Fensterscheiben sprangen und die Türen aufflogen. Zahlreiche Leitungsdrähte wurden zerstört und die Beleuchtung vielfach unterbrochen. Am Freitag und Sonnabend war in der gefährdeten Gegend infolge der ununterbrochenen Gasexplosionen sogar der Eisenbahnverkehr eingestellt. Viele Einwohner des Dorfes Munster haben den Ort fluchtartig verlassen. Die Bewohner der gefährdeten Gegend sind durch die Kommandantur mit Gasmasken versehen wdrden. Nach den letzten Meldungen aus Munster haben die Explosionen jetzt aufgehört, dagegen besteht die Gasgefahr ungeschwächt noch weiter fort. Ob Menschen umgekommen sind, wird sich erst feststellen lassen, wenn die über der Gegend lagernden starken Gasschwaden abgezogen sind.

Hungerstreikdrohung kommunistischer Schutzhäftlinge

Die auf der Festung Königstein in Schutzhaft befindlichen Kommunistenführer richten in der Dresdener unabhängigen „Volkszeitung" ein offenes Schreiben an den Justizminister Dr. Harnisch, worin sie mit dem Hungerstreik drohen, wenn ihnen nicht folgende Forderungen erfüllt werden: 1) völlig gleiche Kost mit der Reichswehr (der Besatzungstruppen) und eine Erhöhung der Heizung, 2) sofortige Beseitigung der Postzensur durch die Nachrichtenstelle in Dresden und 3) offene Zellen gleich den übrigen Festungsgefangenen.

Ein vielsagender Brief

Ein Angehöriger der Eisernen Division hat aus Mitau im Oktober folgenden Brief an seine Berliner Angehörigen gerichtet:

„Ich will Dir mal einiges über unsere Lage mitteilen. Soweit uns bekannt ist, verlangt die Entente sofortige Räumung Kurlands, sonst marschiert sie über den Rhein und verhängt die Blockade. Unsere Regierung sagt natürlich, sie täte alles, um uns zum Rückzug zu zwingen. Sie sperrte uns die Löhnung, die Lebensmittel, Bekleidung usw. und wir kehrten trotzdem nicht zurück. Nun, lieber Otto, genau so wie das Volk vor fünf Jahren belogen wurde, wird es auch heute. Die Zeitungen müssen schreiben, was ihnen diktiert wird. Hier denkt kein Mensch daran, nach Deutschland zu gehen. General v. d. Goltz ist nur auf dem Papier abberufen. Er sitzt hier in Mitau in seinem Quartier auf Urlaub und hat jetzt sogar mit unserem Führer, Major Bischoff, den Vormarsch auf Riga befohlen, welches eventuell schon in unserem Besitz ist, wenn Du diese Zeilen bekommst.

Die Berliner Regierung ist vollständig mit unserem Handeln hier einverstanden, sie muß aber vor der Entente so tun. Wir sind nun geschlossen, die ganze Division, zu den Russen übergetreten, also wir sind seit zwei Tagen Russen, aber nur in den Augen der Entente. Nun räumen wir erst recht nicht Kurland, sondern segeln unter russischer Flagge und beginnen als Russen am 8. Oktober den Vormarsch auf Riga. Da kann natürlich die Entente nichts gegen machen. Es ist eben kein deutscher Soldat mehr in Kurland, außerdem wagt es die Entente auch nicht, gegen uns direkt vorzugehen, sie holte einen mächtigen dicken Schädel hier. Und sollten die Alliierten tatsächlich über den Rhein kommen und die Heimat dadurch in große Gefahr kommen, dann kämen wir selbstverständlich nach unserer Heimat.

Aber vorläufig wollen wir hier erst ganze Arbeit machen. Jetzt bekommen die Letten und Esten erst ordentlich eins auf den Deckel. Hoffentlich gibt es da für uns anständig etwas zu rubeln, denn scharf sind wir alle auf die Rubel. Dann ist die Eiserne Division auch zum Einmarsch in Deutschland bereit, sowie dort die kommunistischen Unruhen ausbrechen; es ist alles bereit hier dazu. Alle Tage ist Instruktion über die Lage in Berlin und über die Arbeiterschaft in Deutschland. Heute sagte unser Kommandeur, die Spartakisten werden ans Ruder kommen, es wäre dann schlecht für uns hier, wenn wir auseinander kämen; denn sie würden alle ehemaligen Angehörigen der Eisernen Division in Deutschland erschießen. Darum müßten wir hier zusammenbleiben und geschlossen nach Deutschland marschieren und lieber Otto, wie nennt man doch in Berlin solche Truppe? — R? Aber ich hoffe ja, daß alles nicht so schlimm kommt. Das in Berlin etwas vorgeht, wissen wir genau, aber hoffentlich gibt es kein Blutvergießen. Hier wird es ja wieder in den nächsten Tagen viel Blut kosten, Militär ist genug hier, schaffen tun wir es, was wir vorhaben. Und die Regierung in Berlin schickt uns alle Tage unsere Lebensmittelzüge, also ist sie doch mit unserem Vorhaben einverstanden."

Wirtschaftliches.

Bankrotteurerpolitik

Um den Bankrott von Genossenschaften, Versicherungsunternehmen, Sparkassen usw. zu verhüten, die große Beträge in Kriegsanleihe angelegt haben, wird in einer kleinen Anfrage in der Nationalversammlung die Regierung um Aenderung gewisser handelsgerichtlicher Bestimmungen ersucht. Das Handelsgesetzbuch schreibt vor, daß alle Wertpapiere im Besitze eines Unternehmens in die Bilanz mit dem am Bilanztage geltenden Börsenkurs eingestellt werden müssen. Der Kurs der Kriegsanleihe steht jetzt auf 80. Das bedeutet: Alle Kriegsanleihebesitzer, die sich ihren Besitz während des Krieges erzeichneten, haben bis jetzt einen Verlust von ungefähr einem Fünftel der eingezahlten Kapitalien. Da es sich gerade bei den obengenannten Gesellschaften oft um riesige Summen handelt, die in Kriegsanleihe angelegt werden mußten, ist klar, daß sie bei einer bilanzmäßigen Bewertung nach den gesetzlichen Vorschriften die Gesellschaften in eine Situation bringen, die die Pflicht zur Insolvenzerklärung erheischt.

In der kleinen Anfrage wird nun von der Regierung verlangt, sie solle durch gesetzliche Bestimmungen ermöglichen, daß die Gesellschaften ihre Kursverluste, die sie, wenn sie nach dem Handelsgesetzbuch offenbart werden müssen, bankrottieren, rechtmäßig auf eine Reihe von Jahren verteilen können. Diese Forderung bedeutet das Anerkenntnis der vollständigen Pleite des Wirtschaftslebens, deren öffentliche Bekundung man verschleiern will, indem man sie durch papierene Bestimmungen zum gesetzlichen Dauerzustand macht! So kann es nicht gemacht werden! Der Kapitalismus ist eben nicht imstande zur Ueberwindung der Schwierigkeiten, in die der Krieg Deutschland gebracht hat. Vielmehr muß die gesamte Wirtschaft auf neue Grundlagen gestellt werden, wenn man aus der schleichenden Krise, aus der Atmosphäre des verewigten Pleitezustandes herauskommen will. Auch diese kleine Anfrage beweist, wie notwendig der Uebergang zur sozialistischen Wirtschaftsweise ist.

Aus der Partei.

Wieder ein Zeitungsverbot

Auf Anordnung des Generalkommandos des 7. Armeekorps ist das „Ruhrecho", unser jüngstes Parteiblatt, wegen einer Kopfleiste: „Wie lange soll die Schande des Belagerungszustandes noch dauern?" bis auf weiteres verboten worden.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Kartoffeln.

Nach einer Mitteilung des Kreisausschusses des Landkreises Elbing haben die Feststellungen ergeben, daß im Landkreise Elbing Kartoffelüberschüsse, die auf Bezugscheine der Stadt Elbing noch abgegeben werden könnten, nicht mehr vorhanden sind. **Die Ausgabe von Kartoffelbezugscheinen auf den Landkreis Elbing wird deshalb nunmehr endgültig eingestellt.** Um das Umtauschen bereits ausgegebener und unbeliefert gebliebener Bezugscheine auf den Landkreis Elbing zu vermeiden, wird hiermit gestattet, daß auf solche Bezugscheine (aber **nur** des **Landkreises Elbing**) auch die hiesigen Kartoffelhändler Kartoffeln abgeben dürfen, und zwar auf jedes Blatt die darauf verzeichneten 3 Zentner. Voraussetzung ist, daß beide Teile der Scheine (Bezugschein und Begleitschein mit gleicher Nummer) noch zusammenhängen oder doch vorher durch Unterkleben zusammengefügt werden. Der Preis für die auf diese Bezugscheine von den Händlern gelieferten Kartoffeln beträgt 10,80 Mark je Zentner. Dadurch wird die Rückvergütung der Gebühr von 20 Pfg. je Zentner, die bei Ausstellung der Bezugscheine bezahlt worden ist, erreicht. Die Händler erhalten diese 20 Pfg. vom Ernährungsamt ebenfalls vergütet und zwar haben sie zu diesem Zweck die Bezugscheine mit den Markenblättern, auf die zur Wintereinkellerung im Voraus Kartoffeln abgegeben worden sind, nach Schluß jeder Kalenderwoche im Ernährungsamt einzureichen.

Elbing, den 28. Oktober 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Generalversammlung
am Freitag, den 31. d. Mts.
im Volkshaus, großer Saal.

Erscheinen aller Mitglieder unbedingt erforderlich.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!
Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Elbing.

Am Donnerstag, den 30. Oktober, abends 5½ Uhr,

findet im **„Volkshaus"** eine

ordentliche Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:

Geschäfts- und Kassenbericht.
Anstellung eines Geschäftsführers.
Beschlußfassung über ein Ortsstatut.
Verbandsangelegenheiten.

Vertrauensleute und Delegierte werden ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Patentfedermatratzen
und Auflagen werden in jeder Größe schnell und billig angefertigt in der
Ostdeutschen Matratzenfabrik
E. Siebert, Junkerstraße 14.

An unsere Leser!

Zum **1. November** werden wir für unsere Zeitung vorläufig folgende

Abholestellen
einrichten:

Herrn G. Tiedtke, Kol. Trettinkenhof 15
„ Nitsch, Kastanienallee 56
„ Laufer, Georgendamm 8
„ Borkowski, Fischervorberg 8
„ Kremke, Schulstraße 1
„ Maibaum, Feldstraße 3.
„ Lange, Paul, Mattendorfstraße 19.

Wir bitten unsere Leser, von dieser Einrichtung ausgiebigen Gebrauch zu machen

Verlag der Elbinger Volksstimme

Möbelfabrik Klinger
Neust. Schmiedestraße 12/14
Lieferant guter, gediegener
Möbel eigenen Fabrikates
zu anerkannt **billigen Preisen.**
Gelegenheitskäufe stets am Lager.

Zur Herbstsaison
empfehle für sämtliche Farb- und Reinigungssachen meine
Expreßfärberei
Inh.: **Ewald Gilbers,** Färbermeister
Betriebs- und Annahmeräume Gr. Zahlerstraße 24
Laden nur Innerer Mühlendamm Nr. 17.
Gardinen-Wasch- u. Spannanstalt.

Im
Stadt-Kino
Alter Markt 39
von **Freitag** bis **Montag**
Grosse
Kinder- u. Familien-Vorstellung.
Anfang pünktlich 3 Uhr.
Kassenöffnung ½3 Uhr.
Nach 3 Uhr ist für Kinder kein Einlaß mehr.

Am vorteilhaftesten kaufen Sie:
Lauten
Guitarren
Mandolinen
Violinen
Zithern
Ziehharmonikas
Mundharmonikas
sowie sämtl. **Ersatzteile**
bei
H. Budzuhn
Auß. Mühlendamm 1.

Sämtliche
Schreibwaren
für
Schule, Haus,
Behörde
für
Handel, Gewerbe,
Industrie
in nur bester Ausführung kauft man bei
G. W. Petersen
Alter Markt 33.

Haus-Uhren
in Eiche und Nußbaum
mit besten Messingwerken
soeben eingetroffen
Augustin Riebe
Juwelier
Alter Markt Nr. 53.

Beerdigungsinstitut H. Herder,
Teleph. 571 Wilhelmstr. 58 Gegründ. 1894.

Rudolf Ullrich, Elbing Fernruf 485
Bierbrauerei, Limonadenfabrik
empfiehlt
Süßbier, Selters, Limonaden
Englisch-Brunnen-Biere, hell und dunkel, in Fässern und in Flaschen.
Der Name Ullrich auf dem Flaschenetikette **verbürgt beste Qualität** u. sauberste Füllung.

Privatfuhren
Fuhren zur Bahn führt aus
Hill
Leichnamstraße 96.

Alle Courths-Mahler-Romane
auf Lager und empfiehlt
Baschek, Herrenstr. 45.

Einen Kinderwagen mit Gummibereifung zu verkaufen
Karlstraße 5, I.

Elbinger Standesamt

vom 24. Oktober 1919.

Sterbefälle: Inv.-Rent.-Empf. Amalie Berta Zahlfeldt geb. Kleinfeldt, 66 J. — Fabrikarbeiter Hermann Mergel, 1 S. 11 Wochen — Fabrikarbeiter Friedr. Herm. Heinath, 1 S. 2 Monate — Schneiderin Emma Hedwig Panke, 26 J. — Arbeiterfrau Katharina Knoblauch geb. Klatt, 47 J. — Verkäuferin Selma Gertrud Klose, 19 J. — Arbeit.-Ww. Henriette Lehwald geb. Dziggel 81 J. — Kutscher Joh. Paul Queißler, 1 S. 1 Woche — Arb.-Ww. Wilhelmine Gerlach geb. Wölm, 77 J. — Arbtn. Auguste Pauline Berta Herzog geb. Reimann, 44 J. — Fabrikarbeiterfrau Maria Dziggel geb. Werner, 28 J. — Dreher Heinr. Albrecht Kopphammel, 1 S. 3½ J. — Fleischermstr. Ludwig Christian Heinrich Huschky, 54 J.